

Die schamlose Erpressung durch die Windindustrie ist eine große Chance für den Kanzler

geschrieben von Chris Frey | 9. März 2023

Presseerklärung des GWPF

Die Regierung sollte die plumpe Erpressung der Windindustrie zurückweisen und Verträge annullieren, die offenbar auf der Grundlage falscher Zusicherungen zustande gekommen sind.

London, 3. März – Jetzt werden weitere Details über den Versuch der Offshore-Windindustrie bekannt, zusätzliche Unterstützung für noch nicht gebaute Projekte zu erhalten, über die zuerst die Financial Times [berichtete](#) und die Gegenstand einer [Erklärung](#) von Net Zero Watch sind („Forderungen nach mehr Subventionen entlarven die Illusion sinkender Kosten der Windenergie“).

Die Times berichtet nun, dass der dänische staatlich kontrollierte Windkraftriese Ørsted damit droht, den mit 8 Milliarden Pfund weltweit größten Windpark Hornsea Three [abzubrechen](#), wenn er nicht mehr Unterstützung von der britischen Regierung in Form von „erhöhten Kapitalzuschüssen“ erhält.

Hornsea Three gehörte zu den fünf Projekten, die im Rahmen der von der britischen Regierung für 2022 ausgeschriebenen Contracts for Difference sehr niedrige Preise geboten haben. Ørsted behauptet, dass es nicht allein ist und dass alle diese Projekte nun „in Gefahr“ sind.

Begründet wird diese Drohung damit, dass das Unternehmen mit „sehr außergewöhnlichen Umständen“ konfrontiert sei, die seine Kosten in die Höhe getrieben hätten.

Da die Verträge jedoch ohnehin an die Inflation gekoppelt sind und die Weltmarktpreise für Stahl seit der Einreichung des CfD-Angebots von Ørsted für Hornsea 3 sogar gesunken sind, kann Net Zero Watch diese Erklärung nicht akzeptieren.



Im Gegenteil, wir verweisen erneut auf Analysen, die wir und andere im Laufe der Jahre veröffentlicht haben und die anhand von geprüften Jahresabschlüssen zeigen, dass die Investitions- und Betriebskosten für Windkraftanlagen nicht wesentlich gesunken sind und dass die CfD-Angebote nie realistisch waren.

Wir sagten voraus, dass sich diese Unternehmen schließlich wieder an die Regierung wenden und noch mehr Unterstützung fordern würden. Damals wurden wir für diese Arbeit heftig kritisiert, und ein prominenter [Energie-Reporter](#) erklärte, es sei bizarr zu glauben, dass die Windkraftunternehmen „auf die Drohung mit der Pleite setzen“, um die Regierung zu weiteren Subventionen zu erpressen. Doch genau diese Situation zeichnet sich jetzt ab.

Ein Sprecher der Regierung wurde mit den Worten zitiert, dass der „inflationgebundene Vertrag von Hornsea Three bereits großzügig“ sei, dass man aber „offen dafür sei, die Bedenken der Branche anzuhören“.

Der Kanzler mag zuhören, aber er sollte die plumpe Erpressung durch die Industrie zurückweisen und sie als einmalige Gelegenheit nutzen, um Verträge zu kündigen, die offenbar auf der Grundlage falscher Zusicherungen abgeschlossen wurden.

Dr. John Constable, Energiedirektor von Net Zero Watch, sagte:

Von 2002 bis 2022 hat die Offshore-Windindustrie im Vereinigten Königreich etwa 20 Milliarden Pfund an Subventionen erhalten, die auf die Rechnungen der Verbraucher aufgeschlagen werden und größtenteils im

Rahmen der Renewables Obligation erfolgen. Falls die Offshore-Windkraft noch nicht zu einer echten Kostensenkung führt, ist es unwahrscheinlich, dass dies jemals der Fall sein wird. Der Schatzkanzler sollte sich für die Verbraucher und Steuerzahler einsetzen und sagen, dass es jetzt reicht!

Link:

<https://www.netzerowatch.com/the-shameless-blackmail-by-the-wind-industry-is-a-golden-opportunity-for-the-chancellor/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE